



Stadtparlament: Interpellationen

**Interpellation Doris Königer: St.Gallen setzt in Zukunft auch auf Windenergie; schriftlich**

Doris Königer sowie 36 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 7. Dezember 2010 die beiliegende Interpellation "St.Gallen setzt in Zukunft auch auf Windenergie" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

**1 Ausgangslage**

Die Sankt Galler Stadtwerke beziehen praktisch den gesamten Strom von der Vorlieferantin SNEnergie AG, deren Aktien sich im Eigentum der Stadt St.Gallen, der Gemeinde Glarus Süd, der Stadt Rorschach, des EW Rapperswil-Jona AG, der Arbon Energie AG, der Genossenschaft EW Romanshorn und des EW Wald AG befinden. Die Stadt St.Gallen ist mit einem Aktienanteil von 34,1 % grösste Aktionärin der SNEnergie AG und stellt drei Vertreter im elfköpfigen Verwaltungsrat. Wie die Interpellantin richtig feststellt, kann die Stadt St.Gallen auf dem zunehmend internationalen Strommarkt, mit Ausnahme von standortgebundenen Kleinanlagen, kaum selber aktiv werden. So sieht der Partnervertrag denn auch vor, dass die Energieproduktion und –beschaffung über 1 MW grundsätzlich Aufgabe der SNEnergie AG ist. Im Rahmen dieser Aufgabenteilung ist die Stadt folgerichtig in der dezentralen Stromproduktion in den Bereichen Kleinwasserkraftwerke, Blockheizkraftwerke und Solarenergie tätig. In diesem Zusammenhang sind weitere parlamentarische Vorstösse hängig, welche noch in diesem Jahr beantwortet werden sollen.

In der Schweiz ist heute eine Windenergie-Leistung von insgesamt 17,6 Megawatt (MW) installiert mit einer Produktionserwartung von jährlich rund 27 Millionen kWh. Dazu kommen über 100 Windenergieanlagen, die in der Planung und Projektierung bereits weit fortge-



schritten sind und ab 2015 zusammen rund 400 Millionen kWh Strom produzieren könnten. Landschaftsschutzorganisationen und einzelne Kantone regten an, der Bund solle eine kantonsübergreifende, konzeptionelle Grundlage für die Entwicklung von Windparks bereitstellen. BFE, BUWAL und ARE entschlossen sich deshalb, mit dem "Konzept Windenergie Schweiz" Grundlagen für die Standortwahl von Windkraftanlagen zu erarbeiten. Standortabklärungen zeigen, dass in der Ostschweiz aufgrund der Windverhältnisse keine sinnvollen Standorte für Windkraftanlagen vorhanden sind.

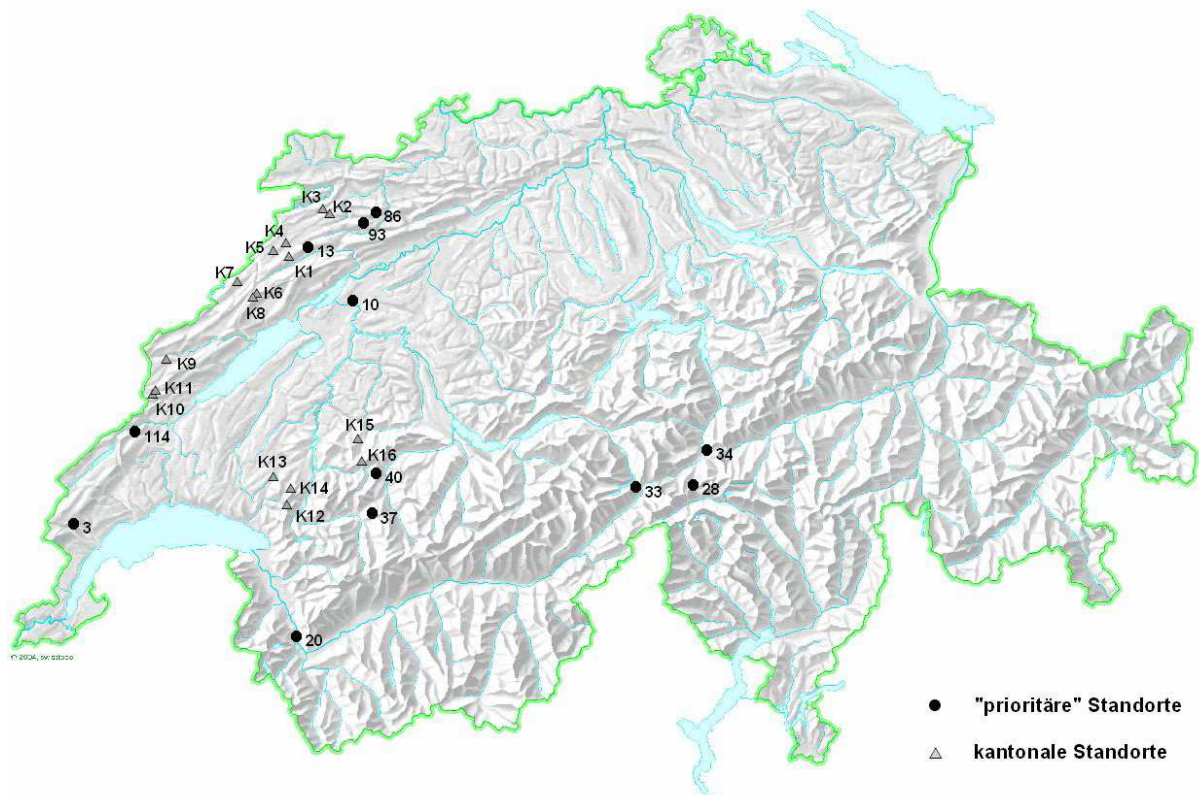


Abb: Räumliche Verteilung der prioritären sowie der kantonalen/kommunalen Standorte gemäss "Konzept Windenergie Schweiz" des Bundes.

Der Stadtrat teilt die Einschätzung der Interpellantin, dass die Windenergie im Europäischen Rahmen Zukunft hat, wenngleich die von der Interpellantin aufgeführten Eckdaten in Bezug auf Produktionskosten und Leistungsfähigkeit aus der Sicht des Stadtrates sehr optimistisch ausfallen. Sicher aber ist es angezeigt zu versuchen, rechtzeitig Bezugsrechte an geeigneten Projekten zu erwerben. Da sich auch im erweiterten Einzugsgebiet der SNEnergie AG keine geeigneten Standorte für Windparks befinden, kommen praktisch nur Beteiligungen an Windparks in den Nachbarstaaten in Frage.



## 2 Beantwortung der einzelnen Fragen

*Wie kann sich der Stadtrat gemeinsam mit der SNEnergie die vertragliche Sicherung langfristiger Bezugsrechte von Elektrizität aus Windkraft in Europa sichern?*

Wie bereits im Zusammenhang mit der Initiative „Stadt ohne Atomstrom“ und in diesem Bericht ausgeführt, schliesst der Stadtrat eine direkte Beteiligung an ausländischen Kraftwerken aus. Eine Beteiligung an europäischen Windparks muss daher auch über die SNEnergie AG erfolgen. Auch die SNE ist aber im internationalen Elektrizitätsmarkt ein kleiner Player, welcher das erforderliche Know-how im Bereich Windkraft nicht allein aufbauen kann. Es ist daher vorgesehen, mit anderen Energieunternehmen der Schweiz zusammenzuspannen und eine Beteiligungsgesellschaft zu gründen, welche über das nötige Gewicht verfügt. Dabei soll ein ähnliches Modell zum Tragen kommen wie in den 70er Jahren bei den Kernenergiebeteiligungen. Die SNE arbeitet mit Hochdruck an diesem Projekt. Absichtserklärungen der wichtigsten Beteiligten liegen vor, der Beteiligungsvertrag sollte Mitte 2011 spruchreif sein.

*Welche finanziellen Mittel müssten für eine Stadt in der Grösse von St. Gallen gesprochen werden, um eine wirtschaftlich interessante Ausgangslage zu haben?*

Der Stadtrat vertritt klar die Ansicht, dass bei der Direktinvestition von städtischen Geldern das Territorialprinzip angewendet werden soll. Die Stadt investiert daher in die Geothermie, in Solarenergie, in BHKW und in Kleinwasserkraftwerke auf Stadtgebiet oder der unmittelbaren Umgebung bereits erhebliche Mittel. Das überregionale und internationale Stromgeschäft muss und wird darum auch in Zukunft durch die SNE abgewickelt werden.

Damit die SNE im internationalen Markt sinnvoll mitwirken kann, ist eine Beteiligung im Rahmen eines Zusammenschlusses mit 4-5 weiteren Partnern erforderlich. So kann mit einem SNE-Beitrag von ca. CHF 20 Mio. und unter Zuhilfenahme von Fremdkapital ein Investitionsvolumen von ca. CHF 250 Mio. generiert werden. Mit diesem Volumen erscheint eine sinnvolle Beteiligung an Windparks möglich. Allerdings sind geeignete und ökonomisch tragbare Projekte auch im restlichen Europa rar. Darum sollen die Mittel in verschiedene Anlagen in mehreren Nachbarstaaten investiert werden sollen, um die Risiken der Stromübertragung, des Grenzübertrittes, der Strombörse und der Regulation zu minimieren.

*In welcher Form muss/kann/soll die SNEnergie eingebunden werden?*

Die SNE arbeitet – wie geschildert – selber sehr aktiv an der Diversifizierung des Stromportfolios, insbesondere im Bereich Windkraft. Daher besteht kein Handlungsbedarf. Die von der Stadt St. Gallen bestimmten VR-Mitglieder unterstützen aktiv die Umsetzung dieses Projektes auf strategischer Ebene.



*Kann das städtische Portfeuille auch mit Bezugsrechten aus solarthermischen Kraftwerken in Europa ergänzt werden?*

Alle bisher bekannten Anlagen haben Pilotcharakter, mit erheblichen Risiken und hohen Gestehungskosten. Das Thema wird aber verfolgt. Sobald die Solarthermie "Marktreife" erreicht hat, wird eine ähnliche Beteiligungsstrategie wie bei der Windkraft geprüft werden.

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Interpellation vom 7. Dezember 2010

